

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. M. 15.—, vierteljährl. M. 45.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 48.— einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 50 Hg. : Girokonto Nr. 50 bei der Oberamts Sparkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discountges., Zweigst. Wildb. Postsparkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum M. 1.50, auswärts M. 2.00. : Reklamezeile M. 5.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Inserate u. bei Anfertigung werden jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 82

Februar 179

Wildbad, Freitag, den 7. April 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Tagespiegel

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im preussischen Landtag den Antrag eingebracht, zur Unterstützung von sozialen und Kleinrentnern bezw. Gemeinden 300 Millionen Mark bereit zu stellen.

Die „Amerikanische Heereszeitung“ meldet, im Mai und Juni werden die amerikanischen Truppen bis auf wenige Mann, die Nacharbeiten zu besorgen haben, das Rheinland verlassen.

Das englische Unterhaus hat den Antrag der „Unversöhnlichen Unionisten“, in dem die politischen Grundzüge der Koalitionsregierung, Lloyd Georges verurteilt werden, nach lebhafter Aussprache mit 288 gegen 95 Stimmen abgelehnt. Die Arbeiterpartei sowie einige unabhängige Liberale stimmten mit den Unversöhnlichen.

„New York Herald“ meldet, Lloyd George sei sehr besorgt über das Gerücht, Poincaré wolle den ersten besten Vorwand benutzen, um mit der Konferenz in Genoa zu brechen.

Nach dem Pariser „Oeuvre“ wird Lloyd George auf den Wunsch Poincarés auf der Reise nach Genoa kurzen Aufenthalt in Paris nehmen und eine Unterredung mit Poincaré im Ministerium des Aeußern haben.

Bei einem am Mittwoch früh verübten Eisenbahnraub im Erpfehung Paris—Marseille sollen den Räubern wichtige diplomatische Aktenstücke in die Hände gefallen sein, darunter das ganze Archiv des englischen Auswärtigen Amtes für die Vertreter für Genoa.

Die kemalistische Regierung in Angora hat den Waffenstillstand mit Griechenland unter gewissen Vorbehalten angenommen.

Aus Tschita (Sibirien) wird gemeldet: Der Umsturz in Wladivostok ist vollzogen. Merkulow hat sich zu den Japanern geflüchtet. An der Spitze der neuen Regierung steht Voldprej.

Geht es Deutschland gut?

Ein Professor der Volkswirtschaft an der Oxford-Universität, Henry Penion, hat kürzlich ein Buch unter dem Titel „Geht es Deutschland gut?“ herausgegeben. Penion war während des Krieges Vorsitzender des englischen Kriegsnachrichtendienstes und bekleidete während der Pariser Friedensverhandlungen denselben Posten. In dem Buch hat er Tatsachen und Eindrücke niedergelegt, die er während eines Besuchs in Deutschland zu Anfang des Jahres 1922 sammelte.

Einem Deutschen wird die Stellung dieser Frage recht unnötig erscheinen; in England ist sie es aber keineswegs, da Blätter, die Millionen Leser zählen, dem englischen Volk beinahe täglich versichern, daß Deutschland „sich nur tot stelle“, daß das deutsche Volk tatsächlich immer reicher werde, daß es, verglichen mit dem englischen, so gut wie keine Steuern zahle und daß es bei etwas gutem Willen die Kriegsentwädigung leicht zahlen könnte, welche die Verbündeten von ihm verlangen. Und man glaubt gar nicht, wie viele Leute in England diese groben Lügen noch ganz in gutem Glauben für bare Münze nehmen! Penions Buch ist daher sehr verdienstlich und dürfte als die Arbeit eines wohlausgebildeten wissenschaftlichen Beobachters auch in England Eindruck machen, zumal er versichern kann, daß er seine Beobachtungen und Schlüsse ersten deutschen und britischen Sachverständigen unterbreitete und in den meisten Fällen bei ihnen volle Uebereinstimmung mit ihnen fand.

Sir Henry gesteht, daß er mit der Ansicht nach Deutschland kam, daß es Deutschland viel besser gehe als England, und daß es daher einen recht großen Uebersehuh haben müsse, aus dem die Entschädigungen bezahlt werden könnten, und daß ihn erst, was er in Deutschland sah und was er von den ersten britischen und deutschen Autoritäten hörte, überzeugte, „daß Deutschlands Wohlstand viel mehr ein Schein als eine Wirklichkeit sei“. Die wertvollsten Kapitel seines Buchs sind gerade die, in welchen er die Tatsachen, die gewöhnlich als unumstößliche Anzeichen deutschen Wohlstands hingestellt werden, auf ihre wahre Bedeutung hin zerlegt. Auf Grund dieser Prüfung schließt er sein Buch mit folgendem zusammenfassendem Urteil:

Die Summe der hier niedergelegten Eindrücke läßt darauf hinaus, daß Deutschland alle die äußeren Anzeichen von Prosperität aufweist, daß diese Prosperität aber sehr wenig solide Grundlage hat. Deutschland gleicht vielmehr einem aus sehr enger Stahlhohle Gesteinskern, der wieder etwas Rache und Dampff abgibt.

über einem Beschall ausgeht ist, wenn nicht aufgepost wird. Der Patient muß natürlich die Operationskosten und die Doktorrechnung zahlen, was nach Abzahlung in Ratenzahlungen geschehen soll. Der Betrag dessen, was gezahlt werden kann, wie die Abstände zwischen den Ratenzahlungen hängen aber von der Wiederherstellung seiner Gesundheit und dem Datum seiner Rückkehr zu voller Arbeit ab.

Von dieser Erkenntnis aus spricht Penion für eine gründliche Uenderung der Entschädigungsforderungen, obwohl er in der Schuldfrage und daher auch bezüglich der Verantwortlichkeit der Forderung, daß Deutschland den eingetrichterten Schaden, soweit wie nur irgend möglich, wiedergutmachen müsse, ganz auf dem Verbandsstandspunkt steht. Und wie in Vorauszicht der letzten Rate der Entschädigungskommission schreibt er, „angesichts der Tatsache, daß Deutschlands wirtschaftliche Lage äußerst kritisch sei, könne jedes unweisse Vorgehen auf diesem Gebiet leicht sogar zum nationalen Bankrott führen“. Penion teilt die Ueberzeugung der meisten Sachverständigen, daß von irgend welchem wirklichen Wohlstand in Deutschland keine Rede sein kann, solange die Mark nicht einen festen Stand, wenn nicht ihren normalen Wert zurückgewonnen hat. Andererseits weiß er wohl, welche Kräfte diese Wiederherholung der deutschen Währung nach sich ziehen muß:

Unter allen Leuten in Deutschland, welche die Frage studiert haben, gibt es eine feste Ueberzeugung, und sie ist, daß zwar die Wiederherstellung der Mark für die volle Wiederherstellung Deutschlands wie der Welt absolut nötig ist, daß sie aber nicht erfolgen kann, ohne als erste Folge einen mehr oder weniger vollkommenen Zusammenbruch Deutschlands industriell und finanziell nach sich zu ziehen.

Die Lieblingslüge der Reichspresse, daß auf dem deutschen Volk eine viel kleinere Steuerlast ruhe als auf den verbündeten Völkern, findet bei Penion keine Gnade, und er zeigt, daß die dem deutschen Volke auferlegte Steuerlast unerhörtschwer ist. Wo eine einigermaßen genaue Vergleichung möglich ist, wie bei der Einkommensteuer, weist er nach, daß die deutsche Einkommensteuer viel härter ist als die englische. Penion glaubt offenbar nicht, daß die Steuerhinterziehung viel größer ist als in England, von Frankreich ganz zu schweigen, und zur Erklärung großer Rückstände, besonders in der Einziehung der Einkommensteuer, weist er auf die technischen Schwierigkeiten hin, welche die Notwendigkeit, eine ganz neue Maschinerie für die Steuererziehung zu schaffen, mit sich brachte. Angesichts der letzten Verbandsnote ist folgendes Urteil des englischen Sachverständigen von besonderem Wert:

Aus der sehr schweren Steuerlast, welche die deutsche Regierung auferlegte, scheint sich zu ergeben, daß sie ihre Steuerforderungen recht nahe bis zur Grenze der Steuerfähigkeit emporgeschraubt hat. Um oder Entschädigungszahlungen machen zu können, ist mehr nötig als die Auflegung von Steuern: es ist ein wirksames Einziehungssystem, nämlich das, daß der Staat imstande sein muß, einen Uebersehuh der Einnahmen über die Ausgaben aufzuweisen. Bisher ist die deutsche Regierung nicht dazu imstande gewesen, obwohl sie sehr energische Versuche in dieser Richtung macht. Nach ihren jüngsten Handlungen zu schließen, scheint die deutsche Regierung auch nicht zu wünschen, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, trotz der Schwierigkeit, welche das Aufbringen der dazu nötigen Mittel bietet, und man fühlt sich geneigt, darauf hinzuweisen, daß es in der heutigen, sehr kritischen Lage kaum möglich sein kann, der deutschen Regierung ohne jeden Zweck abzeln Willen vorzuerwerfen.

Es ist erfreulich, daß dieses kleine und vernünftige Buch in der englischen Presse verhältnismäßig ergiebig besprochen wird. Es kann den recht allgemeinen Eindruck nur vertiefen, daß die letzten Forderungen der Entschädigungskommission einfach unsinnig sind.

Die Antenne im Dachstübchen

Von unserem Berliner Mitarbeiter

Vor einigen Tagen wurde in Berlin eine recht fatale Entdeckung gemacht.

Ein kleiner Mechaniker namens Ahrends haust in einer dürftigen Dreizimmerwohnung im Norden Berlins. Die Nachbarn kennen ihn kaum. Sie wissen nur: Er war im Telegraphendienst beschäftigt und ist Kommunist. Aber ist daran was auffällig? Obwohl der preussische Innenminister kürzlich gewisse Rückstände in der Schutzpolizei scharf geteilt, läßt die Regierung doch überall die Sowjetmänner in Vertrauensstellungen und Ehrenämtern gewähren. Eines Tags jedoch interessierte sich der Staatskommissar für öffentliche Ordnung für den stillen Mechaniker. Die „Grünen“, die sonst meist nur gegen Schiffschlemmer und Frauenzimmer zu Felde ziehen, erschienen in der hochgelegenen Arbeiterwohnung und finden eine mit allem Nötigen ausgestattete geheime drahtlose Funkanlage. Keinen

Sender zwar, dazu wäre ja ein auffälliger Kasten am Hause notwendig gewesen. Aber eine vorzügliche Rahmenantenne, mit der man bei der neuesten technischen Vervollkommenung alles abhören, alles auffangen kann, was durch die Luft gesandt wird. Wenn man nur die richtige Verwicklungsanlage hat, hört man den Eiffelturm, empfängt man Nachrichten aus — Moskau, selbstverständlich auch alle öffentlichen und geheimen Meldungen von den deutschen Funkstationen Ruens und Königsruerbaufen. Eine solche Verstärkungsanlage war bei Ahrends vorhanden. Sie muß natürlich gestohlen worden sein. Beim Zusammenbruch des deutschen Heers im Herbst 1918 ist so mancher wertvolle Apparat der Feldtelegraphie abhanden gekommen. Die Anwendung solcher geheimen Anlagen stellt ein Vergehen dar. Nach § 9 des Telegraphengesetzes wird mit Geld, Haft oder Gefängnis derjenige bestraft, der eine Funkentelegraphische Empfangsanlage ohne Genehmigung des Reichs errichtet. Die Geldstrafe ist seit dem 1. Januar 1922 bis zum Höchstmaß von 150 000 M. erhöht. Man hat noch andere Sachen bei Ahrends gefunden: zahllose geheime Dienstvorschriften des Reichswehrministers, des Reichspostministers, des Reichsfinanzministers und anderer Behörden. Alles sein säuberlich mit der Schreibmaschine auf die Rückseiten von Merkblättern geschrieben, die die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands zu Propagandazwecken verteilt. Man fand geheime Verzeichnisse, die erst am 26. Februar aufgestellt wurden, und in denen alle Funkstationen der Welt mit den sehr wichtigen Rufzeichen und Wellenlängen enthalten sind. Nach diesen Verzeichnissen kann sich eine gute Empfangsanlage auf jede Senderstation einschalten. Ferner fand man ein Verzeichnis der Postanstalten, die bei Unruhen von der „weißen“ Staatsgewalt besetzt werden, sowie eingehende mit Karten versehene Listen aller Gefängnisse der Telephon- und Telegraphenstationen in den maßgebenden Hauptstädten. Ahrends, der inzwischen flüchtig geworden ist, wird sich hinausreden wollen, daß die Reichspostverwaltung selbst schon dabei sei, eine Funkenspracheinrichtung für den allgemeinen Gebrauch zu schaffen. Aber diese Uebersede wird nicht verfangen. Die künftigen Funk-Abonnenten werden ihre Nachrichten unter strenger Ueberwachung der Behörden beziehen und für hochverräterische Zwecke wird kein Platz sein. Die geheime Anlage des Mechanikers Ahrends war nichts anderes als die internationale Nachrichtenzentrale der Berliner Kommunisten. Sie diente der Verständigung über Puff- und Umsturzvorrichtungen. Als Helfersbelscher des flüchtigen Ahrends wurde der kommunistische Parteisekretär Anton Grylewicz, ein bei den letzten Wahlen in Neukölln gekürter Stadtverordneter und Stadtrat verhaftet.

Deutscher Reichstag

Gegen Schund- und Schmutzliteratur.

Berlin, 6. April.

Der Reichstag setzte gestern die 2. Lesung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern fort, mit der die Anfrage Rumm (D.Nat.) über die Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur verbunden wird. — Abg. von Kardorff (D.V.P.) erklärte, zum Schutz der Jugend gegen Schmutz und Schund bedürfe es keiner neuen Strafgesetze. Wir ständen augenblicklich in einer Umformung der Gesellschaft, was man selbst im Reichstag merke. Ein Abbild der Reichstagsverhandlungen stellten die Presseberichte dar, die, abgesehen von ein paar großen Fragen, bis auf ein Minimum zusammengestrichen würden, nicht wegen Platzmangels, sondern weil man den Lesern nicht zumuten wolle, das Zeug zu lesen. (Sehr richtig. D. Schr.) Redner verlangt eine Klärung des Verhältnisses zwischen Reichstag und Reichsrat und sprach sich gegen das Streitrecht der Beamten aus. Er schloß mit dem Hinweis, daß in Deutschland nicht eine Klasse auf Kosten der anderen gerettet werden könne.

Reichsminister Dr. Köster widerlegt die Behauptung des Vorredners, daß in der Kostendehilfe für Oberschlesien noch kein Pfennig ausbezahlt worden sei. Ein Entschädigungsgesetz sei allerdings noch nicht möglich gewesen, weil die Regierung der Ansicht sei, daß die Aufwandschäden — von der Entente bezahlt werden müßten.

Abg. Dr. Bachnick (Dem.) tritt für die Zusammenlegung von Ministerien ein, die Wahlkreise sollten verkleinert werden und die persönliche Wahl müsse wieder Platz greifen, um der einzelnen Persönlichkeit wieder Geltung zu verschaffen. Redner betont die Notwendigkeit, gegen Schund und Schmutz vorzugehen. — Abg. Frau Bauf (Soz.) ist der Ansicht, die Kunst müsse vor gewissen Hürden der Moral geschützt werden. — Abg. Leicht (F.F.D.) spricht sich über die körperliche Erziehung der Jugend aus, verurteilt aber die sportlichen Auswüchse. — Minister Dr. Köster: Die bestehenden Strafgesetze und die Gewerbeordnung genügen gegen literarischen Schmutz. Die Auffassung des Herrn von Kardorff, daß der Beamte auch in der Republik Diener der Allgemeinheit und nicht einer Partei sei, solle gesetzlich festgelegt werden. Die Gefahren der Einwanderung aus dem Osten seien der Regierung bekannt.



